

„Vertrauen erheblich geschädigt“

Bankenpräsident Andreas Schmitz: Seriöse Beratung muss garantiert werden

Andreas Schmitz (49) ist seit März Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken. Der studierte Jurist, der hauptberuflich Vorstandssprecher der Düsseldorfer Privatbank HSBS Trinkhaus & Burkhardt ist, gilt nicht nur als Fan von Borussia Mönchengladbach, sondern auch als Freund klarer Worte. Über die Auswirkungen der Bankenkrise sprach Schmitz anlässlich einer Veranstaltung der Unternehmensverbände des Landes Bremen und des Bremer Bankenverbandes mit unserer Redakteurin Annemarie Struß-von Poellnitz.

Frage: Der ifo-Geschäftsklima-Index ist zum dritten Mal in Folge gestiegen. Ist das schon die Wende, oder ist die Stimmung besser als die Lage?

Andreas Schmitz: Wir befinden uns in einer Situation zwischen Fata Morgana und Silberstreif. Die Zahlen sind unterschiedlich. Es gibt Anzeichen die darauf hindeuten, dass sich die Lage der Wirtschaft ganz langsam auf sehr niedrigem Niveau stabilisiert – allerdings nicht vor dem zweiten Halbjahr 2009. Für 2010 müssen wir uns dennoch darauf einstellen, dass die Menschen weniger Geld ausgeben werden, denn die Arbeitslosigkeit wird ansteigen, wenn die Auftragsbücher blank sind.



Bankenpräsident Andreas Schmitz: Unseriöse Berater sind ihr Geld nicht wert. FOTO: F. MÜLLER

Zeichnet sich in der Kreditvergabe der Banken schon eine Entspannung ab?

Eine generelle Kreditklemme gibt es derzeit nicht. Es ist aber unbestritten, dass Unternehmen es zurzeit schwerer haben, an Kredite zu kommen. Das liegt daran, dass sich die Perspektiven für die Unternehmen aufgrund der allgemein schlechten Auftragslage stark eingetrübt haben. Für die Banken bringt die schlechtere Auftragslage der Unternehmen mit sich, dass die Risiken steigen und Kredite mit mehr Kapital hinterlegt werden müssen. Dieses Kapital aufzubringen ist nicht ohne Weiteres und vor allem nicht immer zum bisherigen Preis, also Zinssatz, möglich.

Unternehmen bekommen zwar Kredite, müssen aber mehr dafür bezahlen?

Kredite werden teurer. Daran führt kein Weg vorbei. Denn schon vor der Krise wurden Kredite in Deutschland auch im internationalen Vergleich viel zu günstig angeboten – das konnte auf Dauer nicht so bleiben. Auch wir Banken müssen uns nach dem Markt richten und hohe Ausfallrisiken abfedern. Die gibt es immer in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in dieser beispiellosen Krise erst recht.

Sind die bisherigen Hilfen der Politik der richtige Weg aus der Finanzkrise gewesen?

Was die Politik gemacht hat, war alternativlos. Sie hat nicht lange gefackelt und auf die Krise, die niemand in diesem ungeheuren Ausmaß vorhergesehen hat, schnell und unbürokratisch reagiert. Innerhalb kurzer Zeit hat das Parlament das Finanzmarktstabilisierungsgesetz verabschiedet. Die deutsche Bundesregierung hat die Entwicklung besonnen gesteuert, das war nicht in jedem Land so. Sie hat das Notwendige getan, aber nicht überagiert. In meiner Funktion als Präsident des Bankenverbandes bin ich seit März häufig in Berlin. Mein Respekt vor der Politik ist seitdem enorm gewachsen.

Dagegen scheint der Respekt der Politik gegenüber der Wirtschaft, nicht nur, aber vor allem gegenüber der Finanzwirtschaft, deutlich gesunken zu sein. Gerade wurde ein Gesetz zur Regulierung von Managergehältern erlassen. Die Politik scheint nicht darauf zu vertrauen, dass ohne Druck ernsthafte Konsequenzen aus der Krise gezogen werden.

Aus meiner Sicht sind Vergütungsstrukturen zwischen dem Aufsichtsrat und dem Management eines Unternehmens auszuhandeln. Sie sind nicht Sache des Staates, sondern der Vernunft. Wenn ein Unternehmen Verluste macht, darf es keinen Bonus für

das Top-Management geben. Die Wirtschaft muss mehr denn je auch in ihren Vergütungsstrukturen darauf achten, dass sie stärkere Anreize nicht für den schnellen Erfolg, sondern für nachhaltigeres unternehmerisches Handeln setzt. Über allem steht die Gesamtverantwortung, denn erst sollte der persönliche Erfolg oder Misserfolg im eigenen Geldbeutel spürbar sein.

Was ist für Sie die wichtigste Konsequenz aus den vergangenen Monaten?

Die Finanzkrise hat das Vertrauen der Bürger in unsere Branche, das Bankengewerbe, insgesamt erheblich beschädigt. Ein Lichtblick ist, dass die Kunden ihrer eigenen Bank vor Ort immer noch vertrauen. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Das verlorengegangene Vertrauen in unseren Berufsstand an sich müssen wir wieder aufbauen – und zwar durch Verlässlichkeit und gute Beratung. Die Banken müssen begreifen, dass sie mit ihren Kunden wachsen, nicht mit ihren Risiken.

Wo bleibt denn aber die Nachhaltigkeit, wenn die Bezahlung vermeintlicher Kundenberater immer stärker leistungsbezogen ist, das heißt, von den Provisionen für verkaufte Produkte abhängt?

Noch einmal: Die Bezahlung muss sich stärker am langfristigen Unternehmenserfolg ausrichten. Nur wenn der gegeben ist, darf der einzelne Berater auch für seinen Beitrag an diesem Erfolg belohnt werden. Ich weiß, dass immer mehr Banken das auch umsetzen. Bei der Anlageberatung gilt selbstverständlich: Die Kunden müssen mit ihren Bedürfnissen im Mittelpunkt stehen. Wenn ein Bankberater ein Produkt nicht kennt oder es für ungeeignet hält und es dann trotzdem vertreibt, handelt er unseriös und ist das Geld nicht wert, das wir ihm für seine Arbeit zahlen.

In der Vergangenheit haben Bankberater offensichtlich einen Teil der Produkte selbst nicht verstanden oder sich über die Risiken wenig Gedanken gemacht. Was tut die Branche jetzt, um ihre Berater besser zu qualifizieren?

Die Qualifikation und auch Transparenz

sind das A und O und müssen verbessert werden. Zum Schutz der Kunden hat der Bankenverband Leitlinien zur Stärkung des Anlegervertrauens aufgestellt. Daran können und sollen die Banken sich orientieren.

Das wird in der Praxis auch umgesetzt?

Wir haben die Leitlinien erst vor rund drei Wochen beschlossen. Doch ich bin sicher, dass dies mit der Zeit ein Marktstandard werden wird. Kunden sollten danach fragen, ob die Leitlinien angewendet werden. Es ist wichtig, dass nicht nur der Staat reguliert, sondern dass wir Banken uns aus einem neuen Selbstverständnis heraus gut aufstellen und von uns aus sicherstellen, dass bestehende Regeln nicht ausgehebelt werden.

Wird die Krise den Bankensektor nachhaltig verändern?

Der Bankensektor wird künftig sicher anders aussehen als vor der Krise. Diese Krise ist so tiefgreifend, dass sie zwangsläufig Strukturen verändern wird. Wir erleben die Fusion von Commerzbank und Dresdner Bank, die Beteiligung der Deutschen Bank an der Postbank und vieles andere mehr.

Kann man für ein Jahresgehalt von 500 000 Euro einen kompetenten Banker für einen Spitzenjob gewinnen?

Kompetenz zeichnet sich nicht nur durch die Höhe des Gehaltes aus. Es gibt auch Top-Leute, die sagen, diese Aufgabe würde ihnen Spaß machen. Und mal ehrlich: eine halbe Million Euro ist kein Pappenstiel. Außerdem gilt die Deckelung der Gehälter ja auch nur so lange, wie der staatliche Rettungsschirm in Anspruch genommen wird. Danach kann die Vergütung neu ausgehandelt werden. Das ist Wettbewerb.

Wie nehmen Sie von Berlin aus den Bankenplatz Bremen wahr?

Zu sagen, in Bremen ist die Welt noch in Ordnung, wäre sicher übertrieben. Aber ich glaube, viele Themen, die in anderen deutschen Großstädten wie Hamburg, Düsseldorf oder Frankfurt diskutiert werden, stellen sich hier nicht. Insofern hebt sich der Bankenplatz Bremen positiv ab.

NATO und Russland starten neu

Korfu (dpa). Nach zehnmonatiger Funkstille wegen des Georgien-Konflikts haben die NATO und Russland die Wiederaufnahme ihrer militärischen Zusammenarbeit vereinbart. „Das ist ein großer Schritt und vielleicht die Grundlage dafür, dass wir jetzt den Weg wieder deutlich nach vorne richten werden“, sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier gestern in Korfu nach Abschluss der Beratungen zu den Ergebnissen des NATO-Russland-Rats. Die Kooperation soll sich zunächst vor allem auf die Bekämpfung von Terrorismus, Piraterie und Drogenhandel erstrecken. „Das ist ein Neustart für die Beziehungen zwischen Russland und der NATO“, meinte Steinmeier.

Protestanten zerstören ihre Waffen

London (dpa). Völlig unerwartet haben Nordirlands paramilitärische Terrorgruppen die Zerstörung aller ihrer Waffen und ihres Sprengstoffs verkündet. Außerdem versprochen sie am Samstag, die demokratischen Regeln des Landes zu respektieren. Die beiden protestantischen Gruppen Ulster Volunteer Force (UVF) und Red Hand Commando (RHC) haben eigenen Angaben zufolge bereits ihre Waffen „vollständig und unwiederbringlich“ vernichtet. Die protestantische Ulster Defence Association (UDA) habe mit diesem Schritt begonnen. Allein

auf das Konto von UVF und UDA gehen 981 Morde im blutigen Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken zwischen 1969 und 1998. Die Zerstörung der Waffen hat die unabhängige internationale Kommission IICD überwacht. Sie hatte schon die Waffenabrüstung der ehemaligen republikanischen Terrororganisation IRA vor vier Jahren beaufsichtigt.

NPD will gegen DVU antreten

Potsdam-Berlin (dpa). Die NPD hat ihren „Deutschland-Pakt“ mit der DVU angekündigt und will bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September selbst antreten. Dies habe der Bundesvorstand gestern einstimmig beschlossen, sagte der brandenburgische NPD-Vorsitzende Klaus Beier. Der Pakt sah vor, dass die beiden rechtsextremen Parteien bis Ende 2009 bei Wahlen nicht gegeneinander antreten. In Brandenburg ist die DVU seit 1999 im Landtag vertreten. In dem Bundesland gibt es schwere Zerwürfnisse zwischen den beiden Parteien.

Streit ums Wahlrecht

Berlin (dpa). Drei Monate vor der Bundestagswahl ist ein heftiger Parteienstreit um das Wahlrecht entbrannt. Die Union wies die Forderung der SPD strikt zurück, dass vom Bundesverfassungsgericht beanstandete Wahlrecht noch vor der Wahl am 27.

September zu ändern. Strittig ist der künftige Umgang mit Überhangmandaten. Wahlforscher erwarten, dass vor allem die Union diesmal von solchen Mandaten profitieren könnte und somit ein schwarz-gelber Sieg wahrscheinlicher sei. Der Bundestag muss am Freitag über einen Gesetzentwurf der Grünen entscheiden, der solche Mandate weitgehend vermeiden soll. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erzielt, als ihr nach der Zweitstimme zustehen.

Libanon: Hariri neuer Premier

Beirut (afp). Im Libanon ist der pro-westliche Politiker Saad Hariri in die Fußstapfen seines Vaters getreten und zum Ministerpräsidenten des Landes ernannt worden. Staatschef Michel Suleiman habe Hariri mit der Regierungsbildung beauftragt, teilte das Präsidentenamt gestern mit. Der 39-jährige Politiker will nun eine Koalition schmieden, an der auch die Hisbollah beteiligt sein soll. Das Lager um Hariri war aus den Parlamentswahlen als Sieger über die israelfeindliche Hisbollah hervorgegangen.

Struck: Mit Taliban reden

Berlin (dpa). Angesichts der zunehmenden Gewalt gegen deutsche Bundeswehrsoldaten plädiert SPD-Fraktionschef Peter Struck für Verhandlungen mit gemäßigten Tali-



ZEITZEICHEN

Von Hans-Günther Thiele

Weltweit trauern die Fans um Michael Joseph Jackson. Der King of Pop war unbestritten der erfolgreichste Musiker der Neuzeit. Und ein armseliger Mensch. Seine Karriere gestattete es ihm, nie erwachsen zu werden. Zuletzt war der kostümierte Schwarze, der immer mit seiner Hautfarbe haderte, nur noch ein Schatten seiner selbst. Was bleibt von ihm und seiner Glitzerwelt? Vielleicht die Erinnerung an einen so bizarren wie virtuosen Totentanz – und an eine tragische Existenz.

Gezeiten

Watt'n Glück, dass es das Wattenmeer gibt. Denn sonst stünden wir jetzt völlig belämmert da. Die Unesco hat das deutsch-niederländische Wattenmeer in die Liste des Welterbes aufgenommen. Dem Dresdner Elbtal hingegen wurde nach jahrelangem Streit um den Bau einer Autobahn-Brücke das begehrte Prädikat aberkannt. Es ist wie beim Gezeitenwechsel: Flut hier, Ebbe dort. Hoffentlich wird dies als Auftrag und Warnung begriffen. Als Auftrag, das einzigartige Ökosystem mit seiner besonderen Artenvielfalt zu schützen. Und als Warnung vor zerstörerischen Eingriffen in die Landschaft.

Man kann die Querelen in Dresden unter ästhetischen Gesichtspunkten abhandeln: Alt gegen neu, Tradition vs. Moderne. Wobei übrigens schon der kuschelig klingende Name „Waldschlösschenbrücke“ lügt und trügt. Auch lassen sich simple Kosten-Nutzen-Analysen anstellen: Was verlieren wir im Tourismus, was gewinnen wir für den Verkehr? Oder grundsätzlich: Wie ist das Verfahren be-

schaffen, das solche Entscheidungen möglich macht?

Demokratisch, basisdemokratisch, urdemokratisch ging es in Dresden zu. Im Februar 2005 haben 67,92 Prozent bei einem Bürgerentscheid für die Brücke gestimmt. Nur 32,08 Prozent waren dagegen. Klare Sache eigentlich. Doch danach wurde geklagt. Durch alle Instanzen hindurch. Verlierer war das Elbtal, Sieger die Brücke. Freunde des Plebiscits, Skeptiker der repräsentativen Demokratie: Auch so kann es kommen!

Das kleinere Übel

Demokratie ist ein wunderbares System, sofern man siegt oder die Chance besitzt, gewinnen, zumindest teilhaben zu können. Womit wir schon in Iran wären. Dort hat es Wahlen gegeben. Ein Zeichen für Demokratie. Wer sich die Verfassung des Landes genauer anschaut, wird nüchtern urteilen. Es sieht demokratischer aus als es ist. Schon deshalb drücken wir der Opposition beide Daumen.

Demokratie, Volksherrschaft. Wir möchten das nicht missen. Ein toller Gedanke, wenn sich der Singular zum Plural aufschwingt. Aber manchmal beschleichen uns Zweifel. Etwa wenn wir im Elbtal sitzen oder wenn in Palästina die Hamas siegt. Sodann die sogenannten Unregelmäßigkeiten. Die gibt es selbst in den Superdemokratien. Wir brauchen nur an das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen George W. Bush und Al Gore im Jahr 2000 zu denken. Erst ein Urteil des obersten US-Gerichts beendete damals die laufenden Neuauszählungen der Stimmen in Florida.

Gleichwohl gilt nach wie vor der kluge Ausspruch Winston Churchills: „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Mit anderen Worten: Demokratie ist das kleinere Übel.



AUSGUCK

Von Joerg Helge Wagner

Ja, wir haben hier vor einer Woche das sich auftuende Sommerloch bejammert – offenbar zu früh...

Schwarze Schwestern

Rauf? Runter? Augen zu und durch? Was die Steuerpolitik angeht, sind sich die schwarzen Schwestern CDU und CSU ja manchmal herzlich uneinig. Nun hat sich der potenzielle Koalitionspartner FDP längst eindeutig positioniert: runter damit! Schon heute werden die Parteivorstände der Union bei der Verabschiedung ihres gemeinsamen (!) Wahlprogramms Farbe bekennen müssen. Der „Wahlkongress“ morgen – einen echten Wahlparteitag möchte man sich gar nicht erst zumuten – dient nur noch der breiteren Legitimation. Auf gut Deutsch: dem Abnicken.

Milliarden-Dinger

Die Kanzlerin wünscht sich die FDP unter anderem deshalb als Regierungspartner, weil die dann nicht mehr aus der Opposition heraus „das Blaue vom Himmel versprechen“ könne. Stimmt, dann hätte sie nämlich eine 258 Milliarden schwere Kugel am Fuß, deren Kette die aktuelle Bundestagsmehrheit am Freitag schließen wird: Es geht um das Bad-Bank-Modell von Finanzminister Steinbrück. Um den Kreditkreislauf – und damit die Wirtschaft – wieder anzukurbeln, sollen die Banken ihre derzeit wertlosen Schrottpapiere auf einer Deponie des Bundes lagern dürfen: einer Bad Bank eben. Vorteil: Mit derart gereinigten Bilanzen ließen sich großzügiger Kredite vergeben. Nachteil: Für Risiken und Verluste müssten Bund, Länder

und wohl auch Sparkassen haften. Einstweilen tröstet man sich damit, dass man von einer Kurserholung ja auch profitieren werde – früher nannte man so etwas „ungedekte Wechsel auf die Zukunft“.

Mit „ungedeckten Wechseln“ – ebenfalls in Milliardenhöhe – hat sich Bernard Madoff eine Platin-Nase verdient. Im März räumte der 70-jährige frühere US-Börsenchef ein, „über Jahre“ ein Schneeball-System betrieben zu haben. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm unter anderem Wertpapierbetrug, Geldwäsche und Meineid vor. Madoff räumte überdies ein, die US-Börsenaufsicht SEC mit falschen Informationen gefüttert zu haben. Morgen wird das Strafmaß verkündet. Madoff drohen bis zu 150 Jahre Haft.

Schwierige Klientel

Schon wieder die CSU! Ihr Alt-Promi Peter Gauweiler ist zusammen mit Abgeordneten der Linken (!) vor das Bundesverfassungsgericht gezogen, um gegen den EU-Reformvertrag von Lissabon zu klagen. Das seltsame Zweckbündnis beklagt einen Verlust der „souveränen Staatlichkeit“ Deutschlands. Zur Erinnerung: „Lissabon“ sieht eine Stärkung des EU-Parlaments vor, in dem Deutschland die meisten Köpfe stellt – im Gegensatz zur bislang übermächtigen EU-Kommission. Aber lassen wir uns am Dienstag überraschen, wie die höchsten Richter das beurteilen.

Ob der partielle Verlust der souveränen Staatlichkeit in der EU den deutschen Landwirten mehr geschadet als genutzt hat, darf man bezweifeln. Absehbar ist: Auch sie werden klagen auf dem Deutschen Bauerntag am Dienstag und Mittwoch in Stuttgart. Kanzlerin Merkel, SPD-Chef Müntefering und der Ober-Liberale Westerwelle werden dort auch reden. Wetten, dass die Großkoalitionäre vor dieser Klientel das mit dem „Blauen vom Himmel“ auch ganz gut beherrschen?

IMPRESSUM

KURIER AM SONNTAG

unabhängig und überparteilich
siebte Ausgabe ihrer Tageszeitung

VERLAG UND DRUCK:
Bremer Tageszeitungen AG · Briefanschrift: 28189 Bremen
Hausanschrift: Martinstraße 43, 28195 Bremen.
Vorstand: Dr. Ulrich Hackmack, Florian Kranefuß.
Chefredaktion und verantwortlich: Lars Haider; Anzeigen:
MVB Medien Vermarktung Bremen GmbH; verantwortlich:
Michael Sulenski, Werner Elberskirch, alle in Bremen.
Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrHG geregelten Fälle. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.
Die Zustellung der Sonntagsausgabe erfolgt im Rahmen des Zeitungsabonnements. Bei Zustellung per Post erfolgt die Lieferung zusammen mit der nächsten Werktagsausgabe. Abonnementskündigung ist nur schriftlich bis zum 15. eines Monats zum Monatsende möglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.
Anzeigenpreis und -bedingungen nach Preisliste Nr. 63.
Keine Gewähr für fernmündlich aufgetragene Anzeigen.
Gerichtsstand Bremen.

Verlag Telefon: 04 21 36 71 0
 Telefax: 04 21 36 71 1000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
Anzeigenannahme Telefon: 04 21 36 71 66 55
Kleinanzeigen Telefax: 04 21 36 71 10 10
Anzeigen Telefax: 04 21 36 71 11 00
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Abonnenten-Service Telefon: 04 21 36 71 66 77
(8 bis 12 Uhr) Telefax: 04 21 36 71 10 20
Nachliefer-Service Telefon: 0800 36 71 22 2*
(8 bis 11 Uhr) (*kostenlos aus dem Festnetz)
E-Mail: abonntenservice@weser-kurier.de